



**Geschäftsführung  
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: [simone.duggan@stadt-koeln.de](mailto:simone.duggan@stadt-koeln.de)

Datum: 20.05.2015

**Niederschrift**

Über die **5. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 07.05.2015, 17:07 Uhr bis 18:52 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Herr Gerrit Krupp	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE	
Herr Reinhard Houben	FDP	

**Beratende Mitglieder**

Herr Roger Beckamp	AfD
--------------------	-----

**Rechnungsprüfungsamt**

Herr Hans-Jochen Hemsing

Herr Manfred Heimann

Herr Klaus Heller

Frau Verena Schmitz

Herr Rainer Straub

sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

## Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg	Dez. III
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dez. II
Frau Josefine de Buhr	Dez. II
Frau Birgit Karbig	26-0
Herr Rolf Koch	VII-4
Frau Anja Ramos	504
Herr Richard Reischl	Dez. II
Frau Petra Rinnenburger	26
Frau Michaela Schulz	112-4
Herr Uwe Strecker	112
Herr Michael Troost	VII-4
Herr Patrick Wasserbauer	46

## Gäste

Herr Rainer Book	DKC
Herr Stefan Hitter	HLFP

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden und erteilt Herrn Hemsing das Wort.

Herr Hemsing erläutert, dass die vakante Stelle der Antikorruptionsbeauftragten im Rechnungsprüfungsamt durch Frau Schmitz seit dem 01.04.2015 neu besetzt werden konnte.

Frau Schmitz stellt sich kurz den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Detjen heißt Frau Schmitz herzlich willkommen. Er eröffnet die Sitzung und weist auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung hin:

2.1 Räumung der Marktplätze an Markttagen  
Wirtschaftsausschuss 15.01.2015, TOP 16, mündliche Anfrage  
Rechnungsprüfungsausschuss 05.05.2014, TOP 8.3; 25.09.2014, TOP 2.3  
0692/2015

6.4 Projekt Bestandserfassung in den Museen - Sachstand April 2015  
Rechnungsprüfungsausschuss 17.03.2011, TOP 13.2  
1229/2015

Anschließend stellt Frau Dresler-Graf fest, dass die Beschlussvorlagen zu den TOPs 5.1, 13.1, 13.2, 13.3 nicht fristgerecht (6 Arbeitstage vor Sitzung) zugestellt wurden. Sie bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion darüber nachgedacht habe, die komplette Ausschusssitzung abzusagen, da durch den verspäteten Umdruck keine Zeit geblieben sei, sich in den Arbeitskreisen auf die Sitzung vorzubereiten. Weiterhin stellt sie dar, dass nur durch eine gute Vorbereitung eine Kontrolle der Verwaltung, ähnlich eines Aufsichtsrates, möglich sei. Aus diesem Grund schlägt Sie gemeinsam

mit Herrn Detjen vor, dass die TOPs 5.1, 6.2, 6.4 sowie 13.1 bis 13.3 von der Tagesordnung genommen werden. Frau Möller schließt sich im Namen der SPD-Fraktion den Meinungen von Frau Dresler-Graf und Herrn Detjen an.

Herr Detjen verdeutlicht, dass die Ursache für den verspäteten Umdruck nicht beim Rechnungsprüfungsamt zu suchen sei. Dieses habe die Vorlagen fristgerecht dem Sitzungsdienst übergeben. Jedoch sei die Druckerei zu dieser Zeit überlastet gewesen, so dass es trotz Wochenendarbeit zu einer verfristeten Versendung der Unterlagen gekommen sei. Er bittet darum, die abgesetzten Beschlussvorlagen in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen und außerdem weitere Beschlussvorlagen zu berücksichtigen.

Herr Brust kann den Entschluss von Herrn Detjen, Frau Dresler-Graf und Frau Möller nicht nachvollziehen und macht darauf aufmerksam, dass die Vorlagen alle fristgerecht über das Ratsinformationssystem abgerufen werden konnten.

Herr Hemsing erläutert, dass die Geschäftsanweisung Gremienarbeit bisher eine förmliche Zustellung der Unterlagen vorsehe und deshalb eine Verfristung vorliegen würde, auch wenn durch das Rechnungsprüfungsamt zusätzlich noch eine E-Mail mit dem Hinweis auf das Ratsinformationssystem und unter Beifügung der Beschlussvorlagen als Anlage an die Ausschussmitglieder versandt wurde. Herr Hemsing sichert zu, dass er sein Möglichstes tun werde, dass die Beschlussvorlagen zukünftig spätestens zu den Arbeitskreisen zugestellt werden.

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass Herr Book von Deka Kommunal Consult GmbH (DKC) und Herr Hitter von der Rechtsanwaltskanzlei Hoffmann Liebs Fritsch & Partner (HLFP) unter TOP 15.1 den Bericht „Evaluation der ÖPP-Schulprojekte der Stadt Köln“ präsentieren werden. Er schlägt nach Rücksprache mit der Verwaltung vor, TOP 15.1 als ersten TOP im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Er bittet, Namen und Zahlen bei der Präsentation auszuklammern. Sollte dies später noch von Interesse sein, müsse dies dann im nichtöffentlichen Teil ausgeführt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit der Vorziehung des TOPs 15.1, den Absetzungen und der Zusetzung zur Tagesordnung einverstanden.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

- 15.1 Evaluation der ÖPP-Schulprojekte der Stadt Köln  
0110/2015
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2.1 Räumung der Marktplätze an Markttagen  
Wirtschaftsausschuss 15.01.2015, TOP 16, mündliche Anfrage  
Rechnungsprüfungsausschuss 05.05.2014, TOP 8.3; 25.09.2014, TOP 2.3  
0692/2015
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Bericht zur Revision der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe (BuT) für die  
Jahre 2012 und 2014  
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 2.2  
1023/2015
- 6.3 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens (SAP PSCD)  
4. Sachstandsbericht  
1027/2015
- 7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**
- 8 Anfragen**
- 9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**
- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz  
Monatsbericht März 2015  
1125/2015

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 10.1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz  
Rechnungsprüfungsausschusses 19.03.2015, TOP 10.1  
Nachfrage von Frau Oedingen  
1019/2015

### **11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

### **13 Beschlussvorlagen**

### **14 Sachstandsberichte zu Prüfungen**

### **15 Mitteilungen**

- 15.2 Bericht über die Abwicklung von Rechtsstreitigkeiten, zu denen der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gemäß § 10 der Zuständigkeitsordnung beteiligt worden ist  
0360/2015

- 15.3 Mündliche Mitteilung: Auffälligkeiten bei 21 - Kassen- und Steueramt/ Pfändungsbereich

### **16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

- 16.1 Prüfung Abrechnungsverfahren Zubringerdienste behinderter Kinder zu integrativen Kitas bei 51 - Amt für Kinder, Jugend und Familie  
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 13.4  
Jugendhilfeausschuss 27.01.2015, TOP 11.2  
0583/2015

- 16.2 Prüfbericht Verkehrssicherungspflicht an Spielplätzen bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen  
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 13.2  
Ausschuss Umwelt und Grün 13.01.2015, TOP 12.1  
Jugendhilfeausschuss 27.01.2015, TOP 11.1  
1101/2015

### **17 Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### 15.1 Evaluation der ÖPP-Schulprojekte der Stadt Köln 0110/2015

Herr Book von DKC und Herr Hitter von HLFP stellen die achtseitige Präsentation über das Ergebnis der ÖPP-Schulprojekte vor.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Herr Detjen für die Darstellung der ÖPP-Projekt-Ergebnisse und schlägt vor, die Fragen der Ausschussmitglieder nach Größe der Fraktionen der Reihe nach stellen zu lassen. Zunächst bittet er Herrn Hemsing zu der im Bericht gemachten Aussage, dass aufgrund der Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes eine Wirtschaftlichkeit der ÖPP-Projekte angenommen werden könne, um Stellungnahme.

Herr Hemsing bestätigt, dass das Rechnungsprüfungsamt vor über zehn Jahren als „Berater“ des Rates bei der Auswahl der ÖPP-Projekte beteiligt gewesen sei. Den Schluss, dass aufgrund dieser Beteiligung eine Wirtschaftlichkeit zur Realisierung der Projekte in ÖPP angenommen werden könne, kann er allerdings nicht bestätigen. Bei der Umsetzung der Projekte habe sich insbesondere der Abschluss langfristiger Verträge als problematisch herausgestellt. Dies gelte vor allem bei Bauanpassungen. Hier sei die wirtschaftlich gewünschte Vergabe im Wettbewerb nicht realisiert worden. Des Weiteren habe er sich von dem Bericht eine eindeutigere Aussage zur Wirtschaftlichkeit der ÖPP-Projekte, zum Beispiel durch einen konkreten Vergleich, gewünscht. So ermögliche die bisherige Rechtslage eine Finanzierung von Projekten über ÖPP nur bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit. Abschließend zeigt sich Herr Hemsing über die fehlende Einbeziehung des Rechnungsprüfungsamtes in die Evaluation enttäuscht.

Frau Möller sieht Risiken bei der Einhaltung der Wirtschaftlichkeitsprognosen bei funktionaler Leistungsbeschreibung. Insbesondere bei Bauanpassungen erscheine ihres Erachtens eine Wirtschaftlichkeitsprognose nicht ausreichend zu sein. Jedoch könnte sie sich vorstellen, dass ÖPP bei einheitlichen Gebäuden und somit bekannter Kostenstruktur gut funktionieren könnten.

Frau Henk-Hollstein merkt an, dass Sie sich bereits im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft am 04.05.2015 eingehend mit der Präsentation beschäftigt habe. Sie fügt hinzu, dass sich die CDU-Fraktion noch einmal mit dem vorgestellten Ergebnis auseinandersetzen werde und bedankt sich für den spannenden Vortrag.

Herr Brust stimmt zu, dass ÖPP-Projekte nicht pauschal als Finanzierungsmodelle für Kommunen funktionieren. Es habe ihn aus diesem Grunde sehr überrascht, dass nach Erstellung des Berichts der Oberbürgermeister ÖPP als Finanzierungsmodell zur Sanierung der Kölner Brücken vorgeschlagen habe. Die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten sei nur zu beweisen, wenn dem Vergaberecht entgegenstehend, parallel zur Ausschreibung von ÖPP, die Gewerke einzeln im Wettbewerb vergeben würden. Herr Brust führt aus, dass bisherig angenommene Einsparungen von bis zu 20% laut Bericht nicht beweisbar seien. Berücksichtige man alle Kosten - die diese Projekte mit sich bringen -, zeige sich im Ergebnis, dass ÖPP unwirtschaftlich seien. Die bei den teilnehmenden Schulen bestehende hohe Zufriedenheit in Bezug auf den Umgang und Umsetzung der Projekte müsse die Verwaltung zum Anreiz nehmen, genauso gut zu werden wie die Investoren. Herr Brust schlägt als erste Verbesserungsmaßnahme

vor, die Schulhausmeister direkt an die Gebäudewirtschaft anzubinden, so dass die Kommunikationswege kürzer werden und ein direkter Ansprechpartner vor Ort sei.

Herr Detjen bemerkt, dass er mit dem damaligen Direktor (2004-2008) vom Landschaftsverband Rheinland (LVR), Herrn Voigtsberger (späterer NRW Bauminister), über dieses Thema gesprochen habe. Dieser konnte sich ÖPP-Projekte für den LVR allenfalls bei Projekten wie bei der Erneuerung einer Heizungsanlage in einer großen Klinik vorstellen, da durch die zukünftig geringeren Heizkosten, der Gewinn der Investoren refinanziert werden würde. Herr Detjen verdeutlicht, dass sich der Gewinn der Investoren bei der Stadt als Kostenfaktor niederschlägt. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass eine eigene Verwaltung geschaffen werden sollte, die dazu in der Lage sei, bauliche Projekte, wie Bau und Renovierung von Schulen, zeit- und kostenoptimal zu realisieren.

Herr Detjen weist darauf hin, dass die Herren Book und Hitter keinen Auftrag zur Feststellung der Wirtschaftlichkeit erhalten hätten; gleichwohl sei es schade, dass diese Frage innerhalb des Berichtes nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte. Herr Detjen hält es für überaus wichtig, die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten aufzuklären, um endgültig diese zentrale Frage zu beantworten.

Herr Houben stimmt zu, dass nicht gebaut werden sollte, wenn die Finanzierung im Haushalt nicht sichergestellt werden könne. Dies sei aber unabhängig von ÖPP zu beachten. Aufgrund der Projekterfahrungen seien die privaten Investoren der Verwaltung immer einen Schritt voraus. Seiner Meinung nach sei die Wirtschaftlichkeit eines Projektes nicht allein anhand von Finanzierungsfragen zu klären, in die Betrachtung müsse auch der reibungslose Ablauf von Projekten einbezogen werden. Hierzu führt Herr Houben das Beispiel der kleinen Baumaßnahme der Montessori Grundschule in Köln Riehl und deren langen Bauphase an. Seiner Meinung nach, sind ÖPP-Projekte gerade dann sinnvoll, wenn eine zeitnahe Abwicklung von Projekten gefordert sei oder auch, wenn städtisches Personal fehlen würde.

Auch Herr Beckamp bedankt sich für den lehrreichen Bericht und schließt sich den Meinungen von Herrn Brust und Herrn Houben an. Außerdem gibt er zu bedenken, dass ÖPP vor allen Dingen Effizienz und Innovation mit sich bringen würden. Zudem könne ein Unternehmen seine Erfahrungen an die Stadt Köln weitergeben. Er sehe ÖPP-Projekte als Chance für die Stadt Köln, vorausgesetzt, die liquiden Mittel stehen dazu bereit.

Herr Book verdeutlicht, dass dieses Modell als Möglichkeit des gegenseitigen Lernens betrachtet werden sollte. Des Weiteren ist er der Meinung, dass ein wirtschaftlicher Vergleich möglich und bei den dargestellten ÖPP-Projekten gelungen sei. Die Stadt Köln wisse aus der langjährigen Erfahrung heraus, was zum Beispiel ein Stück Schule kostet und könne hieraus einen Vergleichsmaßstab bilden. Seines Erachtens sind bislang keine Anhaltspunkte angeführt worden, die gegen eine Wirtschaftlichkeit der Projekte sprechen würde. Er sehe zwei Varianten um Projekte realisieren zu können. Zum einen die Eigenrealisierung und zum anderen die ÖPP-Beschaffung. Eventuell sei die Eigenleistung günstiger, aber über einen Investor werde Erfahrung und eine zeitnahe Abwicklung garantiert. Herr Book bestätigt Herrn Brusts Aussage, dass das Vergaberecht einer realen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung entgegenstehe.

Bezüglich des Umgangs mit Veränderungen während der Projektlaufzeit weist Herr Book daraufhin, dass eine Zustimmung des Partners zu geplanten Veränderungen seitens der Stadt Köln, welche zu jederzeit Eigentümerin des Grundstücks und des

Gebäudes bleibe, nicht notwendig sei. So könnten auch bei Verträgen mit 25 oder 30 Jahren Laufzeit, Vergleichsangebote herangezogen werden oder aber zum Beispiel eine „Erweiterung einer Schule“ neu ausgeschrieben werden.

Herr Detjen möchte von Frau Rinnenburger erfahren, ob es möglich sei, zu ermitteln, was zum Beispiel ein m<sup>2</sup> Schule kostet und wie dieses in Relation zu ÖPP gesetzt werden könnte. Außerdem macht Herr Detjen noch einmal deutlich, dass ÖPP keine Beschaffungsalternative darstellen sollen, sondern für zukünftige Projekte zu klären sei, ob ÖPP wirtschaftlicher wären. Auch den Vorschlag von Herrn Book und Herrn Hitter, bei ÖPP-Projekten zukünftig keine Architektenwettbewerbe mehr durchzuführen, hält Herr Detjen für falsch. Denn gerade bei Schulen möchte die Stadt Köln durch Wettbewerbe eine offene Kommunikation im Hinblick auf innovative Ideen zur Schule entstehen lassen. Herr Detjen plädiert dafür, einen Weg zu finden, um dieses Thema weiterhin begleiten und auch die Wirtschaftlichkeit feststellen zu können.

Frau Rinnenburger kündigt an, die Frage von Herrn Detjen als Prüfauftrag mitzunehmen. Jedoch gibt sie zu bedenken, dass bisher nur über Investitionskosten gesprochen wurde, tatsächlich aber koste ein Gebäude in der Beschaffung nur etwa 20 bis 25% bezogen auf die Kosten der gesamten Lebensdauer. Somit seien die größten Kosten die Lebenszykluskosten. Frau Rinnenburger sagt zu, sich Gedanken um eine Darstellung der durchschnittlichen Kosten eines „Stücks Schule“ zu machen und wie man diese vergleichbar darstellen könne.

Herr Hitter weist darauf hin, dass ein Stück Schule zum Beispiel in Rodenkirchen im Hinblick auf Qualität weitaus teurer sein dürfte als andere Schulen, die eher funktional eingerichtet seien. Dies müsse natürlich auch bei einer Betrachtung der Wirtschaftlichkeit (in Bau sowie auch in Nutzung) berücksichtigt werden, da nicht alleine der Preis, sondern auch die Qualität eine Rolle spiele. Außerdem erläutert er zum Thema Wirtschaftlichkeit, dass die GO NRW eine Vergabe von ÖPP-Projekten nur dann zuließe, wenn diese wirtschaftlicher seien. Hierzu werde zuerst eine Wirtschaftlichkeitsprognose und bei Vorliegen von Angeboten ein Wirtschaftlichkeitsnachweis erstellt. Auch die Bezirksregierung werde im Rahmen der Anzeigeverpflichtung mit eingebunden, so dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses eine Betrachtung der Wirtschaftlichkeit erfolgt sei.

Herr Hitter stimmt im Punkt „Architektenwettbewerb“ der Meinung von Herrn Detjen bei und sieht Architektenwettbewerbe als überaus wichtig an. Jedoch schlägt er vor, diesen Wettbewerb im Planungsverfahren mit in die Ausschreibung des ÖPP-Projektes aufzunehmen, so dass nur eine Ausschreibung erfolgen müsse und dennoch eine innovative architektonische Gestaltung und eine Bewertung von funktionalen Zusammenhängen erfolgen könnten.

Der Ausschuss kommt überein, dass keine weiteren Fragen im nicht öffentlichen Teil zu dieser Angelegenheit gestellt werden müssen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.



## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **2.1 Räumung der Marktplätze an Markttagen Wirtschaftsausschuss 15.01.2015, TOP 16, mündliche Anfrage Rechnungsprüfungsausschuss 05.05.2014, TOP 8.3; 25.09.2014, TOP 2.3 0692/2015**

Herr Brust zeigt sich mit der Beantwortung der Anfrage unzufrieden. Er erläutert, dass er ein hohes Interesse habe, die Situation der Markthändler zu verbessern. Er fordert, die bereits bestehende Beschilderung der Wochenmärkte dahingehend zu erweitern, dass ein Zusatz bzgl. der Ausnahmeregelung an Feiertagen angebracht werde, um dann auch parkende Pkws abschleppen lassen zu können. Des Weiteren bemängelt Herr Brust, dass die Händler auch an den vorgezogenen Markttagen die volle Gebühr zu zahlen hätten, obwohl durch parkende Pkws nicht sichergestellt sei, dass die Stände auch tatsächlich aufgebaut werden können.

Herr Houben weist auf die zusätzlich entstehenden Kosten im Hinblick auf Beschilderung, Abschleppvorgänge und Marktaufsicht und deren Verhältnismäßigkeit hin.

Frau Möller führt aus, dass unter TOP 4.5 im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 04.05.2015 ein neues Konzept für den Wochenmarkt am Rudolfplatz vorgestellt wurde. Sie regt an, dass die Fachverwaltung unter dem Gesichtspunkt von attraktiveren Wochenmärkten eine Umfrage unter den Händlern durchführen sollte, da diese offensichtlich unzufrieden seien.

Herr Hemsing wird die Anregungen an die Verwaltung mit der Bitte um Stellungnahme weiterleiten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Es werden keine Anträge gestellt.

## **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **5 Beschlussvorlagen**

Die Beschlussvorlage wurde aufgrund verfristeter Zustellung von der Tagesordnung genommen.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Bericht zur Revision der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe (BuT) für die Jahre 2012 und 2014 Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 2.2 1023/2015**

Herr Detjen und Frau Möller fragen nach, ob für die Jahre 2015/2016 ein Anspruch auf Rückerstattung durch das Land NRW bestehe oder ob eine Rückzahlung durch die Stadt Köln zu erwarten sei.

Frau Ramos erläutert, dass die Rückerstattung durch das Land NRW aus dem Jahre 2012 im April diesen Jahres erfolgt sei und macht deutlich, dass eine Prognose, ob ein Anspruch auf Nachzahlung auch für die Zukunft bestehe, schwierig sei. Sie stellt aber dar, dass bei einer Überschreitung des Kölner Anteils an den Gesamtausgaben aller Kreise und kreisfreien Städte in Höhe von 6,18%, ein Anspruch auf Nachzahlung durch das Land NRW zur Folge hätte. Eine Unterschreitung der Ausgaben würde eine Rückzahlung nach sich ziehen. Weiterhin betont sie, dass Mehreinnahmen grundsätzlich nicht als allgemeine Deckungsmittel verbucht werden dürfen, sondern diese zweckentsprechend für BuT-Leistungen oder BuT-nahe Leistungen verwendet werden müssen. Ob ein Anspruch auf Nachzahlung auch bei einer möglichen Knappheit von Landesmitteln realisiert werden könne, kann Frau Ramos derzeit nicht abschätzen. Außerdem weist Frau Ramos daraufhin, dass die Berechnung der Quote für die Bundesbeteiligung in 2015 vorläufig auf dem Jahresergebnis von 2013 (6,18%) basiere und dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen am 13.03.2015 die in 2014 für Bildung und Teilhabe erbrachten Aufwände gemeldet wurden. Aufgrund dieser Werte werde sich erst die endgültige Quote für die Stadt Köln im Jahre 2015 bestimmen lassen.

Frau Möller bittet, diese Mitteilung dem Ausschuss für Soziales und Senioren und dem Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **6.3 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens (SAP PSCD) 4. Sachstandsbericht 1027/2015**

Herr Detjen begrüßt die Vorstellung, dass zukünftig eine Gesamtbuchhaltung bei der Stadt Köln eingerichtet werde und somit eine gesicherte Bilanz erstellt werden könne.

Herr Erkelenz möchte wissen, mit welchen weiteren Verzögerungen in der Umsetzung gerechnet werden müsse, wenn die Einführung des neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens nicht zum 01.01.2016 gelingen sollte.

Frau Klug betont, dass die gesamte Verwaltung sowie die Politik und die Öffentlichkeit ein großes Interesse an einer Optimierung des bisherigen Verfahrens habe. Der Start des Projektes verlief leider mit Schwierigkeiten, da die europaweite Ausschreibung für den externen Berater gleich zwei Mal durchgeführt werden musste und zudem ein Programmierer des Anbieters erkrankt gewesen sei. Dies hätte gleich zu Beginn des

Projektes zu einer Verzögerung im Zeitplan geführt. Dennoch versichert Frau Klug, dass weiterhin alles dafür getan werde, den Einführungsstermin 01.01.2016 zu halten. Dieser sei auch weiterhin realistisch, wenn nicht noch mehr unvorhersehbare und nicht durch die Stadt Köln steuerbare Risiken, wie zum Beispiel eine erneute Krankheit des Programmierers, eintreten würden. Falls es zu weiteren Verzögerungen kommen sollte, müsste der Projektverlauf dahingehend angepasst werden, als dass sich die Einführung des Projektes um ein weiteres Jahr verschieben werde. Eine unterjährige Einführung sei nicht möglich, da eine jahresbezogene Synchronisation stattfinden müsse.

Frau de Buhr teil als Projektleiterin außerdem mit, dass selbstverständlich zu Beginn des Projektes eine Risikoplanung erstellt wurde, jedoch nicht alle Risiken vorhersehbar und abschätzbar seien. Dennoch möchte sie auch eine positive Mitteilung geben und führt aus, dass ein weiteres Fachverfahren (2 Fachverfahren wurden bereits aufgenommen) mit einem Finanzvolumen von rund 300 Millionen Euro im Testbetrieb angelaufen sei. Man sei also einen großen Schritt weitergekommen und nunmehr in der Lage, größere Datenmengen als bisher zu testen. Frau de Buhr macht deutlich, dass die gesamte Projektgruppe mit Hochdruck an dem Projekt und an der Einführung weiterer Fachverfahren arbeitet und sagt zu, den neuesten Stand im nächsten Sachstandsbericht mitzuteilen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse**

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

## **8 Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

## **9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**

### **9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Monatsbericht März 2015 1125/2015**

Herr Detjen stellt erfreut fest, dass die Sanierung der Bühnen weiterhin planungskonform verlaufe, auch wenn eine Kostensteigerung in Höhe von 1,4 Millionen eingetreten sei.

Frau Möller fragt, weshalb die angegebenen Ist-Stände in Teilen nicht dem aktuellen Bautenstand entsprechen würden und weshalb im Bericht die Projektleitung nicht mehr aufgeführt werde.

Frau Dresler-Graf hat Bedenken bezüglich der Einhaltung des Premierentermins am 07.11.2015, da es laut Bericht den Anschein habe, dass sich die Beschaffung der Theatertechnik noch im Vergabeverfahren befinde.

Frau Rinnenburger antwortet darauf, dass Ausgabeanstiege regelmäßig hinterfragt würden. Bezüglich der Differenz im aktuellen Bautenstand erklärt Frau Rinnenburger, dass zu Baubeginn eine zeitliche Planung stattfindet und diese Planung mit dem Ist-Stand immer wieder abgeglichen werde. Man habe sich darüber hinaus dazu entschlossen, Herrn Dipl.- Ing. Zarinfar als Projektsteuerer mit Büro in Köln vor Ort einzusetzen. Das Projektteam sowie das Personal sei jedoch das gleiche geblieben. Es handele sich hier einzig und allein um einen Tausch der Projektsteuerer, um nun einen Einsatz vor Ort auf der Baustelle sicher zu stellen. Frau Rinnenburger erläutert zu den Vergaben, dass sich von 95 Vergaben aktuell nur noch 11 Vergaben auf verschiedenen Stufen des Vergabeverfahrens befinden. Frau Rinnenburger erwartet, den Premierentermin einhalten zu können.

Herr Detjen ist erfreut, dass eine pünktliche Eröffnung möglich zu sein scheint.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n  
Ausschussvorsitzender

Simone Duggan  
Schriftführerin